

Stadt Neckarbischofsheim

N I E D E R S C H R I F T



über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

11. Dezember 2012

im **Sitzungssaal des ehemaligen Rathauses, Hauptstraße 27**, in Neckarbischofsheim

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeisterin Tanja **Grether**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm, Herbold, Steck

Es fehlten als entschuldigt: Peter **Haffelder**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt die Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 3. Dezember 2012 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 7. Dezember 2012 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zu der Sitzungsniederschrift vom 20. November 2012

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Sitzungsniederschrift vom 20. November 2012 zu.

Abstimmung: 14Ja

02. Beratung über den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2013

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass die Beratungen des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2013 den Mammutpunkt der heutigen Sitzung bilden. Das Gesamtvolumen des Haushaltsplans beträgt derzeit 9.758.400,00 €. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 8.304.700,00 €. Die Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt beträgt 470.000,00 €.

Zur Arbeits- und Sicherheitskleidung für die städtischen Beschäftigten im Bauhof führt Bürgermeisterin Grether aus, dass sie bei den Kollegen im Bürgermeister-Sprengel nachgefragt hat und Neckarbischofsheim die einzige Gemeinde ist, die keine Sicherheitskleidung für ihre Bediensteten stellt, weshalb im Haushalt Mittel in Höhe von 2.500,00 € zusätzlich eingeplant wurden. Ein weiteres Thema bildet die Zukunft der Stadtbücherei. Hier ist eine Mittelerrhöhung von bisher 1.000,00 € um 4.000,00 € auf 5.000,00 € für Beschaffungen vorgesehen.

Der Vermögenshaushalt hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 1.477.900,00 €. Hier wurden von der Verwaltung bereits einige Maßnahmen eingestellt u.a. Ausrüstungsgegenstände für die Freiwillige Feuerwehr, den Ausbau der Kleinkindbetreuung, Kanal- und Straßensanierungen in der Gartenstraße und im Ziegelweg, Fahrzeugbeschaffungen für den städtischen Bauhof, die Errichtung eines neuen Salzsilos sowie die Breitbandversorgung in Neckarbischofsheim. Auf Grund der hohen Kopierkosten (1.100 Kopien je Gemeinderat) für die Erstellung der Gemeinderatsvorlagen schlägt die Verwaltung die Anschaffung von Laptops für die Mitglieder des Gemeinderats vor.

Eine Rücklagezuführung ist nach den vorliegenden Planzahlen nicht möglich, allerdings muss zum Ausgleich des Haushalts auch keine Rücklagenentnahme vorgenommen werden. Die geplante Kreditaufnahme von bisher 297.200,00 € verringert sich auf 200.100,00 €. Weitere Projekte, über die im Rahmen der Haushaltsberatungen gesprochen werden sollten sind die Sanierung der Duschen im Hallenbad, die Renaturierung des Rosenbaches und die Sanierung des Untergimperner Sportplatzes.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack erläutert kurz die zum eingereichten Haushaltsplanentwurf veränderten Zahlen. Im Bereich des Kindergartenlastenausgleiches wurden Mehreinnahmen in Höhe von 26.200,00 € veranschlagt. Die Einnahmen aus Miete und Pacht aus bebauten Grundstücken wurde auf Grund des Wegfalls des Gemeinsamen Grundbuchamtes zum 1. März 2013 um 7.000,00 € verringert. Für die Digitalisierung der Sirenenanlage in Neckarbischofsheim wurde eine Ausgabe in Höhe von 5.000,00 € eingeplant. Durch die fehlerhafte Übertragung der Personalkosten für die Sekretärin in der Grundschule haben sich die Personalkosten im Unterabschnitt 1.2150. (Grundschule Neckarbischofsheim) um 23.500,00 € verringert. Für die Beschaffungen in der Stadtbücherei wurden Mehrausgaben in Höhe von 4.000,00 € eingeplant. Der Zuschuss für die Kleinkindbetreuung im Pädagogium Neckarbischofsheim (Villa Kunterbunt) wurde auf Grund der höheren Zuweisungen um 9.800,00 € erhöht. Die Zurverfügungstellung von Dienst- und Schutzkleidung für die Beschäftigten im städtischen Bauhof wurden 3.500,00 € eingeplant. Durch die vorgestellten Änderungen erhöht sich die allgemeine Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt von bisher 470.000,00 € auf 491.700,00 €.

Im Vermögenshaushalt wurden die Einnahmen im Landessanierungsprogramm, wie bereits bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs erwähnt, um 80.000,00 € erhöht. Durch die höhere Zuführungsrate und den höheren Einnahmen im Vermögenshaushalt reduziert sich die bisher eingeplante Kreditaufnahme von 297.200,00 € um 97.100,00 € auf nur noch 200.100,00 €.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass in den Planerläuterungen zum Budget des Adolfschmittthener-Gymnasiums widersprüchliche Angaben zum Prozentsatz (20,5% zu 19,05%) gemacht wurden. Er geht davon aus, dass auf Grund des Rückgangs der Schülerzahlen und den damit verbundenen geringeren Sachkostenbeiträge der Prozentsatz neu anzupassen ist.

Stadträtin Karin Bender nimmt Bezug auf die Einstellung von weiteren 4.000,00 € für die Stadtbücherei und fragt nach, ob auf Grund der Beratungen in der Haushaltsstrukturkommission bereits Maßnahmen zu den angestrebten Veränderungen erfolgt sind.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass ein Gespräch mit Frau Blum geführt und angeregt wurde, sich Gedanken über die Neugestaltung der Arbeit in der Stadtbücherei zu machen. Ein detailliertes Konzept soll Anfang 2013 erarbeitet werden. Auch die Gespräche mit den ehrenamtlichen Kräften sollen weitergeführt werden. Unter anderem steht auch die Entscheidung des Gemeinderats aus, ob die Stadtbücherei in die Räumlichkeiten der ehemaligen umziehen soll. Bürgermeisterin Tanja Grether bittet den Gemeinderat, im Haushalt 2013 die zusätzlichen Mittel einzustellen, um im nächsten Jahr über die genauen Planungen reden zu können.

Stadtrat Georg Zwölfer bittet um Auskunft, ob die zusätzlichen Haushaltsmittel nur für Mittelbeschaffungen eingesetzt werden, oder damit auch die von den ehrenamtlichen Kräften gewünschten Reisekosten mit enthalten sind.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack verneint dies führt aber weiter aus, dass wenn der Gemeinderat dies wünscht eine neue Finanzposition „Reisekosten“ im Unterabschnitt „Stadtbücherei“ angelegt werden kann, wobei die Kosten hierfür vom erhöhten Budget abgezweigt werden.

Stadträtin Karin Bender führt aus, dass sich der Gemeinderat im Februar oder März 2013 nochmals ausführlich mit der Stadtbücherei beschäftigen sollte, wobei hier auch über den Vorschlag von Bürgermeisterin Tanja Grether zu reden ist, ob ein Freundeskreis für die Stadtbücherei gegründet wird oder nicht.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, wie der Stand zur Vermarktung der Stadthalle ist und ob es hier bereits Interessenten gibt.

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass sie derzeit in Verbindung mit der Fa. Gewerbebau Zapf ist, die bereits die Fachschule für Sozialwesen nach Neckarbischofsheim geholt hat. Außerdem hat sie Kontakt zur Firmengruppe Krause aufgenommen, die in der Region bereits einige Projekte mit Erfolg durchgeführt hat. Wie es mit der Vermarktung weitergeht, wird sich zeigen, eine Patentlösung gibt es nicht.

Stadträtin Karin Bender nimmt Bezug auf die Anmerkungen zu den Brandschutzmaßnahmen im Vermögenshaushalt und fragt nach, ob im Haushalt 2013 weitere Mittel einzustellen sind.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack führt aus, dass der Ausgleichstock am 20. November 2012 eine Förderung für die geplanten Brandschutzmaßnahmen in der Grundschule, ehemaligen Grundschule und das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium für das Haushaltsjahr 2012 bewilligt hat. Somit müssen für das Haushaltsjahr 2013 keine Mittel für die Brandschutzmaßnahmen eingeplant werden. Nachdem im Haushaltsjahr 2012 keine Brandschutzmaßnahmen mehr durchgeführt werden, sind die nicht verbrauchten Mittel als Haushaltseinnahme- bzw. -ausgabestelle in das Haushaltsjahr 2013 zu übertragen.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, weshalb es im Haushaltsplanentwurf gravierende Unterschiede bei den Zuweisungen zu den Vorjahren in den beiden kommunalen Kindergärten in Helmhof und Untergimpeln gibt.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack erläutert, dass der Kindergartenlastenausgleich im Haushalt 2013 entsprechend den an das Statistische Landesamt gemeldeten Zahlen nach den in Anspruch genommenen Betreuungsformen aufgeteilt wurde. Nachdem im Stadtteil Helmhof 2012 kurzfristig zwei unter 3-jährige Kinder aufgenommen waren, haben sich die Zuweisungen dementsprechend erhöht. Die Aufstellung der Zuweisungen wird dem Gemeinderat in den diesjährigen Ausführungen zum Haushaltsplan zur Kenntnis beigefügt.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim den Luxus eines ausgeglichenen Haushalts hat, weshalb nicht mehr ausgegeben werden soll als notwendig. Hierzu verweist er auf die eklatanten Ausgaben für das Landessanierungsprogramm, die nur eingestellt wurden, weil das Programm zum Ende des Jahres 2013 ausläuft. Seiner Meinung nach könnten hier nochmals Mittel eingespart werden, um die vorgesehene Kreditaufnahme weiter zu reduzieren. Zurzeit sieht er keine Notwendigkeit, Ausgaben in Höhe von 400.000,00 € einzustellen. Sollte im Laufe des Jahres eine größere Maßnahme anstehen, könnte diese durch einen Nachtrag nachfinanziert werden.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass lediglich zwei Drittel der noch vorhandenen Mittel in Höhe von 672.000,00 € im Haushalt eingeplant wurden. Mit den veranschlagten Mitteln soll dem Zuschussgeber ein Signal gegeben werden, dass weitere Maßnahmen durchgeführt, und so Ende 2013 der zu stellende Verlängerungsantrag auch

genehmigt werden kann. Die Stadt Neckarbischofsheim sollte jetzt den Willen zeigen, das Landessanierungsprogramm ernsthaft weiter zu betreiben. Wenn im Haushalt 2013 gleich alle Mittel eingestellt würden stelle sich die Frage, weshalb eine Verlängerung dann noch gewünscht ist.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass man mit den Mitteln dann auch Taten sprechen lassen muss, schließlich mutet der Gemeinderat mit den folgenden Satzungsänderungen den Bürgern zahlreiche Erhöhungen im Gebührenbereich zu. Seiner Meinung nach sollten die Ausgaben im Bereich des Landessanierungsprogramms reduziert werden, weshalb er den Antrag stellt, die veranschlagten Mittel von bisher 400.000,00 € auf 300.000,€ zurückzuführen.

Abstimmung über den Antrag von Stadtrat Jelinek auf Reduzierung der Ausgaben im Bereich des Unterabschnitts 2.6150: **6 Ja 8 Nein**

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, weshalb die Grundsteuer im Haushalt 2013 geringer ausfällt als in den Vorjahren.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack führt aus, dass die Solleinnahmen im Haushalt 2012 gesunken sind, weshalb der Ansatz für das Jahr 2013 ebenfalls reduziert wurde. Weshalb der Rückgang erfolgt ist, muss bei der Steuerveranlagung in der Stadtkasse nachgefragt werden. Sicherlich werden die Einnahmen bei der Grundsteuer in den nächsten Jahren durch das Neubaugebiet „Eichertstal“ wieder ansteigen.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass in den letzten Jahren die Planzahlen bei der Grundsteuer möglicherweise höher angesetzt wurden, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Auskunft, welche Einnahmen im Vermögenshaushalt „durch Dritte“ erzielt werden.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack teilt mit, dass es sich hier um die Mittel aus dem Ausgleichstock handelt.

Weiter möchte Stadtrat Rüdiger Knapp wissen, wie die 10%-ige Erhöhung der Stromkosten im Haushaltsplanentwurf 2013 kalkuliert wurden und weshalb im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium die Stromkosten eine Erhöhung um 20% haben.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack teilt hierzu mit, dass anhand der Sollzahlen im Haushaltsjahr 2012 die Stromkosten um 10% erhöht wurden. Im Bereich des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums werden zur Jahresrechnung noch Umbuchungen erfolgen.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob die Anschaffungen im städtischen Bauhof, die im Haushaltsplanentwurf 2013 eine enorme Summe ausmachen, auf Wunsch des Bauhofs erfolgen.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass der Aufwand der Reparaturen an den Fahrzeugen im städtischen Bauhof immer mehr ansteigt, um diese durch den TÜV zu bringen. Aus diesem Grund muss überlegt werden, ob eine Neuanschaffung auf Dauer nicht kostengünstiger ist. Im Verhältnis zur jährlichen Beanspruchung der städtischen Fahrzeuge, die mittlerweile in die Jahre gekommen sind, ist ein Ersatz dringend geboten. Aus diesem Grund wird die Verwaltung im Frühjahr 2013 die Mitglieder des Gemeinderats in den städtischen Bauhof einladen, um ihnen die derzeitigen Fahrzeuge vorzustellen und zu erläutern, welche Maschinen neu angeschafft werden sollen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Rasenmäher „Ferrari“, der jährlich eine hohe Einsatzzeit hat. Im Vergleich zu den Nachbargemeinden müssen die Gerätschaften gerade im Pflegebereich wesentlich mehr leisten.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob der Schlepper (Baujahr 1992) nicht noch ein paar Jahre seinen Dienst im städtischen Bauhof leisten kann, so dass hier die veranschlagten Kosten eingespart werden können.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass es sich bei der vorliegenden Aufstellung nicht um eine „Wunschliste“, sondern um eine Liste handelt, welche Fahrzeuge für den städtischen Bauhof dringend anzuschaffen sind.

Der Technische Beschäftigte im Bauamt Roland Herbold fügt hinzu, dass für den Bagger keine Ersatzteile mehr erworben werden können, weshalb hier eine Neuanschaffung zu erfolgen hat.

Stadtrat Walter Freudenberger führt aus, dass er die Pflege der Gerätschaften für „mangelhaft“ erachtet, weshalb er sich gegen die Zurverfügungstellung von Mitteln für die Neuanschaffung von Fahrzeugen ausspricht. Seiner Meinung nach müsste einmal wöchentlich ein Tag im Bauhof eingerichtet werden, an dem die Fahrzeuge und Maschinen entsprechend

gepflegt werden. In jedem Bauhof in den umliegenden Gemeinden würde dies erfolgen, nur bei der Stadt Neckarbischofsheim nicht.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm widerspricht den Ausführungen von Stadtrat Walter Freudenberger und teilt mit, dass ihm nicht bekannt ist, dass in den umliegenden Gemeinden ein extra Tag für den technischen Dienst an Fahrzeugen aufgewendet wird. Durch den städtischen Beschäftigten Achim Laber wurde in den letzten Tagen der Anhänger wieder so hergerichtet, dass dieser durch den TÜV gekommen ist.

Bürgermeisterin Tanja Grether fügt hinzu, dass wenn Gerätschaften 30 Jahre lang halten, diese auch pfleglich behandelt wurden.

Stadtrat Norbert Benz widerspricht ebenfalls der Aussage von Stadtrat Walter Freudenberger, und lobt den städtischen Beschäftigten Achim Laber, der die Fahrzeuge und Maschinen in den letzten Jahren „gut über die Runde“ gebracht hat. Des Weiteren führt er aus, dass wenn die Reparaturkosten irgendwann einmal eine Neuschaffung übersteigen dann dringend eine Neuanschaffung erfolgen muss.

Bürgermeisterin Tanja Grether bedankt sich beim Gemeinderat für die Diskussionsbeiträge und teilt mit, dass die Verwaltung die Ergebnisse nun in den Haushaltsplan einarbeiten wird. Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2013 soll in der ersten Sitzung im Januar 2013 beschlossen werden.

03. Breitbandprojekt „fibernet.rnk“

hier: Grundsatzbeschluss der Stadt Neckarbischofsheim zur Grobplanung für die Glasfasererschließung

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und nimmt des Weiteren Bezug auf die heutige Mitteilung in der Rhein-Neckar-Zeitung, in der die Telekom mitteilt, dass das Mobilfunknetz um UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) in Neckarbischofsheim erweitert wird und damit Texte, Bilder und Musik mit einer Geschwindigkeit bis zu 42,2 Megabit pro Sekunde empfangen werden können. Für Privathaushalte ist dies eine sehr gute Nachricht, für die Firmen der IT-Branche in Neckarbischofsheim reicht die Geschwindigkeit jedoch nicht aus, da zahlreiche Unterbrechungen in der Funkqualität ein zuverlässiges Arbeiten mit UMTS nicht ermöglichen.

Deshalb ist die Anbindung der Stadt Neckarbischofsheim an das Glasfasernetz alternativlos. Das Breitbandprojekt „fibernet.rnk“ hat zum Ziel, im gesamten Rhein-Neckar-Kreis die Glasfasererschließung voranzutreiben und hier insbesondere den kleinen Kommunen die Anbindung an das Glasfasernetz zu ermöglichen. Bürgermeisterin Tanja Grether erläutert nochmals die drei Stufen, die das Breitbandprojekt des Rhein-Neckar-Kreises unterstützt. Für die Stadt Neckarbischofsheim ist hier die 2. Stufe (Grobplanung) von Interesse, wobei die voraussichtlichen Kosten 5.000,00 € betragen werden.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft, ob bereits abzusehen ist, wie hoch die Kosten in der Genehmigungsplanung (Stufe 3) für die Stadt Neckarbischofsheim sein werden.

Dies wird ihm von Bürgermeisterin Tanja Grether verneint, wobei sie weiter ausführt, dass die Stadt Neckarbischofsheim in weiteren Gesprächen mit der Telekom ist, um die Glasfasererschließung in Neckarbischofsheim voranzutreiben. Wo dies möglich sein wird, ist noch das Geheimnis der Telekom, die jedoch derzeit für die Stadt Neckarbischofsheim prüft, wo Übergabepunkte möglich sind. Wichtig ist für die Bürgermeisterin, dass einer der Übergabepunkte im Bereich des Gewerbegebietes liegt.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass er sich in seiner Firma mit den IT-Verantwortlichen in Verbindung gesetzt hat, die im Übrigen eng mit der Druckerei Ziegler zusammenarbeiten. Im Moment ist es so, dass größere Datenmengen nur noch Nachts empfangen und versendet werden können, da die bestehenden Leitungen überlastet sind. Damit die Neckarbischofsheimer Firmen konkurrenzfähig bleiben muss so schnell wie möglich die Glasfasererschließung in Neckarbischofsheim in Angriff genommen werden, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern.

Stadtrat Georg Zwölfer fragt nach, ob im Projekt geplant ist, den gesamten Ort anzuschließen. Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass im Projekt auch die Stadtteile Helmhof und Untergimpfern aufgenommen werden.

Stadtrat Rüdiger Knapp bemerkt, dass nur wenige Großstädte bereits eine Versorgung mit Glasfaser haben. Seiner Meinung nach wird die Angelegenheit noch lange andauern, weshalb er davon ausgeht, dass die Planungen der Projektgruppe erst 2013 enden, mit dem Bau

dann frühestens im Jahr 2015 begonnen und die Fertigstellung im Jahr 2018 erfolgen wird. Sollten alle 54 Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis zum gleichen Zeitpunkt an das Glasfasernetz angeschlossen werden gibt es sicherlich nicht so viele Maschinen, die dies gleichzeitig ermöglichen können.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass es für ihn allerhöchste Eisenbahn ist, dass sich der Rhein-Neckar-Kreis dieser Sache annimmt, da die kleinen Kommunen im Kreis diese Angelegenheit nicht selbst stemmen können. Wichtig ist für ihn, dass die Experten die Thematik strukturiert angehe, wobei die Erschließung der Stadt Neckarbischofsheim mit UMTS und LTE-Technik durchaus parallel erfolgen kann. Die Stadt Neckarbischofsheim vergibt sich außerdem nichts, die Mittel in Höhe von 5.000,00 € für die Grobplanung auszugeben, da man dadurch nicht an die Detailplanung gebunden ist.

Bürgermeister Tanja Grether verweist nochmals auf die derzeit laufenden Gespräche mit der Telekom und hofft auf eine schnelle Anbindung der Stadt Neckarbischofsheim an das Glasfasernetz.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim beteiligt sich am kreisweiten Breitbandprojekt „fibernet.rnk“ und stellt für die Beteiligung an der Grobplanung 5.000,00 € im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung.

Abstimmung: 14 Ja

04. Neufestsetzung der Abrechnungssätze für die Beschäftigten im städtischen Bauhof

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass die Stundensätze für die Beschäftigten im städtischen Bauhof zuletzt im November 2011 angeglichen wurden. Auf Grund der tariflichen Erhöhungen ist eine Anpassung zum 1. Januar 2013 vorgesehen.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass der Stundensatz für den Unimog und Bagger mit Fahrer falsch kalkuliert wurde und verweist zum Einen auf die zuletzt stark gestiegene Erhöhung der Dieselpreise und zum Zweiten auf die Preise, die von der Fa. Benz Baustoffe für den Einsatz solcher Baumaschinen (mindestens 80,00 €/Std.) berechnet werden. Aus diesem Grund sind die Gebühren (Unimog mit Fahrer und Bagger mit Fahrer) zu gering, weshalb er um eine Neukalkulation bittet.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack führt aus, dass diese beiden Gebühren noch aus früheren Zeiten übernommen wurden und sichert eine Neukalkulation zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Anpassung der Stundensätze für die Arbeiter des städtischen Bauhofes zum 1. Januar 2013 wie folgt zu: Bauhofarbeiter 38,00 €, Bauhofleiter 47,50 €.

Abstimmung: 14 Ja

05. Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)

hier: Beratung und Beschlussfassung über die Verwaltungsgebührensatzung

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Leiter der Zentralstelle Harry Hack, weitere Erläuterungen zur Kalkulation zu geben.

Harry Hack führt aus, dass die Kalkulation der Verwaltungsgebühren auf der Basis der VwV-Kostenfestlegung für die Gebühren für öffentliche Leistungen vorgenommen wurde. Die Gebühren haben sich gegenüber der letzten Kalkulation (Januar 2010) nur leicht erhöht, bspw. die Beglaubigung von Unterschriften oder Abschriften von bisher 6,50 € auf 7,00 €. In die Kalkulation wurden die tariflichen Lohnerhöhungen aus dem Jahr 2012 und für das Jahr 2013 eingearbeitet. Bei der Gebührenkalkulation wurde auch beachtet, welche/r Beschäftigte hauptsächlich die Arbeiten ausführt.

Stadträtin Bräumer fragt nach, ob für mündliche Auskünfte Gebühren erhoben werden können.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack erklärt, dass nach dem Gebührenverzeichnis (Ordnungsnummer 1.5.1) mündliche Auskünfte gebührenfrei zu erteilen sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Gebührenkalkulation auf der Basis der VwV-Kostenfestlegung für die Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebühren) zu. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung) zu. Die Änderungen treten zum 1. Januar 2013 in Kraft.

Abstimmung: 14 Ja

06. Friedhofsatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) der Stadt Neckarbischofsheim

hier: Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Friedhofsatzung

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass die Erhöhung der Bestattungsgebühren auch von den erhöhten Personalkosten abhängig sind. Die Verwaltung schlägt auf Grund der vorliegenden Kalkulation vor, lediglich 50% der kalkulierten Beträge im Bereich der Nutzungsrechte für die Grabstätten zu erhöhen, um die Bürger nicht noch mehr zu belasten. Des Weiteren wurde für die Verlegung von Trittplatten im Grabfeld 8 in Neckarbischofsheim eine Kostenkalkulation und redaktionelle Änderungen an der Friedhofsatzung wegen kleinerer Fehler vorgenommen.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob sich die Kosten zur Verlegung der Trittplatten gegenüber der Vorstellung beim Ortstermin erhöht haben.

Der Technische Beschäftigte im städtischen Bauamt Roland Herbold führt aus, dass die Kosten auf Grund des Angebots der Firma Lutz, Waibstadt, berechnet wurden.

Stadtrat Walter Freudenberger spricht sich für die Aufstellung einer Stelenwand für Urnenbeisetzungen auf dem Friedhof in Neckarbischofsheim aus, da viele Angehörige eine Grabpflege aus den verschiedensten Gründen nicht mehr übernehmen können. Um der Abwanderung von Urnenbestattungen, insbesondere im „Ruhehain“ in der Gemeinde Reichartshausen, entgegenzutreten, sollte hier über das neue Bestattungsangebot nachgedacht werden.

Stadtrat Thomas Mayer bittet die Verwaltung, eine Kalkulation der Kosten für die Beisetzung in einer Stelenwand dem Gemeinderat vorzulegen, um das Bestattungsangebot in Neckarbischofsheim zu erweitern.

Roland Herbold führt aus, dass die Nachfrage von Bestattungen in den so genannten Stelen derzeit bei der Verwaltung nicht vorliegt. Um ein entsprechendes Angebot an dieser Bestattungsform anbieten zu können, müssten mindestens 15 bis 20 Urnenstelengräber errichtet werden. Da derzeit im gärtnerbetreuten Grabfeld lediglich eine Bestattung erfolgt ist, geht er davon aus, dass diese Bestattungsform in Neckarbischofsheim nicht nachgefragt wird.

Stadtrat Rüdiger Knapp erwidert, dass die Errichtung von Urnenstelen nicht mit dem gärtnerbetreuten Grabfeld vergleichbar ist, da hier Mehrkosten für die Grabpflege für die Angehörigen anfallen. Er bittet deshalb die Verwaltung darum, entsprechende Angebote für die Errichtung von Urnenstelen einzuholen.

Zu der Erhöhung der Bestattungsgebühren führt Stadtrat Rüdiger Knapp aus, dass es sich hier nicht um eine Willkür der Verwaltung handelt. Durch die Entfernung unnötiger Hecken auf den Friedhöfen und die Entfernung von Graswegen könnten die Kosten für die Pflegemaßnahmen gesenkt werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass der diesjährige Haushalt gut dasteht und er es deshalb nicht für gerechtfertigt erachtet und auch nicht der Zeitpunkt dafür ist, die Gebühren zu stark zu erhöhen. Gegenüber der Prüfung durch die Kommunalaufsicht sollte man zum jetzigen Zeitpunkt ausreizen, was auszureizen geht, weshalb er vorschlägt, die Bestattungsgebühren lediglich um 30%, anstatt um 50% zu erhöhen.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack führt aus, dass die Grabnutzungsgebühren auf die Dauer von 25 Jahren ausgelegt sind, wobei die Angehörigen davon ausgehen, dass in dieser Zeit der Friedhof auch entsprechend gepflegt wird. Auf die Dauer von 25 Jahren gesehen sind die Grabnutzungsgebühren im Jahresdurchschnitt nicht so hoch.

Im Übrigen ist die Verwaltung jedes Jahr in der Pflicht, dem Gemeinderat eine Gebührenkalkulation vorzulegen.

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Jahresrechnung 2011, in welcher die Deckungsquote für das Bestattungswesen lediglich 40% betragen hat.

Stadtrat Hans Peter Jelinek findet es nicht gut, derzeit so hohe Gebühren zu beschließen. Dies fördert seiner Meinung nach immer mehr die Abwanderung in andere, alternative Bestattungsformen, weshalb auch die Stadt Neckarbischofsheim über neue Alternativen im Bereich des Bestattungswesens nachdenken sollte.

Stadtrat Rüdiger Knapp verweist auf die Diskussion zur Erhöhung der Bestattungsgebühren in der Februar-Sitzung des Gemeinderats, wobei in dieser Sitzung bereits die Erhöhung geringer ausgefallen ist, wie die Verwaltung kalkuliert hatte. Sollte der Gemeinderat der Erhöhung der Bestattungsgebühren in diesem Jahr nicht zustimmen, werden diese im nächsten Jahr entsprechend höher ausfallen. Dem Gemeinderat bleibt, auf Grund der Kostendeckung nichts anderes übrig, als die Gebührenerhöhung in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass die Verwaltung bei den Grabnutzungsgebühren eine Kostendeckung von 80% kalkuliert hat, der vorliegende Verwaltungsvorschlag aber geringer ist. Er kann damit leben, dass die Kostendeckung bei den Grabnutzungsgebühren in diesem Jahr auch geringer ausfällt.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack erläutert, dass die Bestattungsgebühren – nach Vorgabe der Gemeindeprüfungsanstalt - über einen Zeitraum von fünf Jahren zu kalkulieren sind. Die Höhe der Gebühren trifft die Angehörigen hauptsächlich beim Neuerwerb einer Grabstätte. Die Erhöhung der Grabnutzungsgebühren ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass der städtische Bauhof viele Pflegearbeiten auf dem Friedhof leistet, die wiederum in die Inneren Verrechnungen einfließen. Diese haben sich in der diesjährigen Kalkulation wiederum stark erhöht.

Abstimmung über den Antrag von Stadtrat Hans Peter Jelinek, die Bestattungsgebühren anstatt um 50%, um 30% zu erhöhen: **3 Ja 10 Nein 1 Enthaltung**

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung, die Bestattungsgebühren um 50% zu erhöhen: **10 Ja 4 Nein**

Abstimmung über die Kalkulation zur Verlegung der Grabplatten an Normalgrabstätten und Urnengrabstätten im Grabfeld Nr. 8 in Neckarbischofsheim: **14 Ja**

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) der Stadt Neckarbischofsheim zu. Die Satzung tritt zum 1. Januar 2013 in Kraft.

Abstimmung: 14 Ja

Stadträtin Karin Bender schlägt nach der Abstimmung vor, im Bereich des Friedhofs Neckarbischofsheim ein paar Bäume zu pflanzen, um dort eventuell künftig Baumbestattungen vornehmen zu können.

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt den Hinweis auf.

07. Satzung über die Erhebung der Hundesteuer

hier: Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hundesteuersatzung

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und eröffnet die Diskussion zum Thema.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, ob es sich bei dem Diensthund um einen Polizeihund handelt und ob der Hundehalter diese Kosten nicht von seinem Arbeitgeber erstattet bekommt. Auch bei dem Einsatz des Hundes für einen privaten Wachdienst geht er davon aus, dass der Hundehalter hierfür Lohn erhält, weshalb er der Steuerermäßigung nicht zustimmen kann.

Stadträtin Heike Jacobs führt aus, dass die Jagdpächter von der Polizei bei Verkehrsunfällen mit Wild gerufen und dabei ihre Jagdhunde mitzuführen haben, um die Nacht-Suche für das angefahrene Wild zu gewährleisten. Ihrer Meinung nach werden hier viele Anträge auf Steuerermäßigungen auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommen, wenn die Satzungsänderung erfolgt.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, was mit den Einnahmen der Hundesteuer durch die Stadt Neckarbischofsheim gemacht wird. Seiner Meinung nach sollte mit den Steuereinnahmen, wie in Bad Rappenau, eine Hundewiese angelegt werden, die dann von der Gemeinde gepflegt wird.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack teilt hierzu mit, dass für die Erhebung einer Steuer keine Gegenleistung von der Gemeinde zu erfolgen hat.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob er als Gemeinderat bei der Diskussion und Abstimmung befangen ist, wenn er Hundehalter ist. Dies wird ihm von Bürgermeisterin Tanja Grether verneint.

Stadtrat Rüdiger Knapp erwidert auf die Anregung von Stadtrat Walter Freudenberger auf Anlegung einer Spielwiese für Hunde, dass die Stadt Bad Rappenau einen um 70% höheren Steuersatz für die Hundehaltung hat, die es Bad Rappenau ermöglicht, eine solche Spielwiese dann anzulegen und zu unterhalten.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, welche Hunde künftig von der Steuer befreit, bzw. für welche eine Steuerermäßigung erfolgen soll.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass es hierzu sicherlich Vorschriften gibt und auch entsprechende Nachweise für eine Steuerbefreiung bzw. – ermäßigung der Steuerveranlagungsstelle vorzulegen sind.

Der Zuhörer Albrecht Kolb führt aus, dass bei jedem Hundesportverein die Schutzhundeprüfung I und II abgelegt werden kann, die als Nachweis für eine Steuerermäßigung bzw. – befreiung der Stadt vorgelegt werden kann.

Stadtrat Georg Zwölfer bittet um Überprüfung, welche Folgen ein entsprechender Beschluss des Gemeinderats für die vorgesehene Steuerermäßigung hätte, insbesondere wie viele Hundehalter in Neckarbischofsheim dann von der Hundesteuerermäßigung profitieren.

Aus diesem Grund stellt er den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vertagung der Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer zu.

Abstimmung: 14 Ja

08. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2012

hier: Genehmigung der eingegangenen Spenden durch den Gemeinderat

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat die eingegangenen Spenden zu genehmigen.

Stadtrat Rüdiger Knapp bedankt sich im Namen des Gemeinderats bei allen Spenderinnen und Spendern.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim genehmigt die eingegangenen Spenden in Höhe von 6.115,00 € aufgrund der Richtlinien von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Jahr 2012.

Abstimmung: 14 Ja

09. Vollzug des Kindergartengesetzes

hier: Örtliche Bedarfsplanung der Stadt Neckarbischofsheim für das Jahr 2013

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, der örtlichen Bedarfsplanung der Stadt Neckarbischofsheim für das Jahr 2013 zuzustimmen.

Stadtrat Rüdiger Knapp gratuliert dem städtischen Beschäftigten Herbert Hauck zu einer umfangreichen Vorlage, die es in den letzten Sätzen gerade noch schaffe, die Kurve zu den in den letzten vier Wochen beschlossenen Ergebnissen zu kriegen. Dies habe den Schock über die Eingangsausführungen gelindert.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der örtlichen Bedarfsplanung für das Jahr 2013 in folgender Form zu:

Das derzeitige Angebot für die Betreuung von Kindern im Kindergartenalter sowie im Krippenalter reicht nicht aus. Nach Umsetzung der bereits erfolgten Beschlüsse ist von folgendem Bedarf auszugehen:

- a) Im bestehenden Kindergartengebäude der evangelischen Kirchengemeinde (Turmstraße 15): eine Ganztagesgruppe, zwei Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten, eine Mischgruppe (VÖ-Regel).
- b) Im ehemaligen Grundschulgebäude (Ablassweg 10) zwei Kleinkindgruppen mit verlängerten Öffnungszeiten in Trägerschaft der Evangelischen Kirchengemeinde.
- c) Eine Kleinkindgruppe im Pädagogium Neckarbischofsheim (Villa Kunterbunt).
- d) Eine Kindergartengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten im Stadtteil Helmhof.
- e) Eine altersgemischte Gruppe im Stadtteil Untergimpeln.

Um in der Übergangszeit (Januar bis September 2013) dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nachzukommen, wird eine Übergangslösung mit Containermodulen (kindgerecht ausgebaut) angemietet bzw. installiert.

Die Empfehlungen für das Betreuungsangebot (Öffnungszeiten Kleinkindbetreuung, Einrichtung einer Ganztagesgruppe U3 auf mittelfristige Sicht) wird vom Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim zur Kenntnis genommen und im weiteren Entwicklungsprozess berücksichtigt.

Abstimmung: 14 Ja

10. Bekanntgaben

Dankeschön zum 21. Neckarbischofsheimer Nikolausmarkt

Im Namen der Stadt Neckarbischofsheim bedankt sich Bürgermeisterin Tanja Grether ganz herzlich bei dem jungen Team - bestehend aus Vertretern des Karate-Dojo- und des Budo-Clubs Neckarbischofsheim - die in Zusammenarbeit mit dem Verein PRO Neckarbischofsheim erstmalig die Organisation des Nikolausmarktes übernommen haben. In den Dank schließt sie auch die städtischen Bauhofmitarbeiter ein, die trotz Winterdienst den Nikolausmarkt tatkräftig unterstützten. Bürgermeisterin Tanja Grether bedankt sich ebenfalls bei den Vereinen und Gruppen, die am Samstag bei klirrender Kälte mit einem Stand vertreten waren oder den Nikolausmarkt mit kulturellen Beiträgen bereichert haben. Die große Besucherzahl hat bestätigt, dass das neue Konzept, den Nikolausmarkt samstags stattfinden zu lassen, angenommen wird. Alle Lose der Tombola konnten verkauft werden und der Erlös kommt der Sinsheimer Hilfsaktion ‚strahlende Kinderaugen‘ (von Karsten Krüger) zugute. Daher gilt der abschließende Dank auch den Besuchern des Nikolausmarktes.

Winterdienst in Neckarbischofsheim

Die Stadt Neckarbischofsheim ist auch in diesem Winter bemüht, bei Schneeglätte und Glätte innerhalb der geschlossenen Ortslage verkehrswichtige und gefährliche Straßenstellen zu räumen und zu streuen. Allerdings sind die Führer der Räumfahrzeuge auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Es werden daher alle Fahrzeughalter gebeten, ihr Fahrzeug so abzustellen, dass auch ein Räumfahrzeug seine Aufgaben erfüllen kann. Die Räumfahrzeuge des städtischen Bauhofes benötigen eine Durchfahrtsbreite von mindestens 3,50 m. Weiterhin erweist es sich als sinnvoll, wenn in einem Straßenzug die Fahrzeuge nur auf einer Straßenseite abgestellt werden. Des Weiteren bittet die Stadt Neckarbischofsheim die Unsitte zu unterlassen, den Schnee vom Gehweg auf die Straße zu schaufeln.

Erdverkabelungsarbeiten in der Von-Hindenburg-Straße

Die Arbeiten zur Erdverkabelung in der Von-Hindenburg-Straße sind wegen der derzeitigen Witterungsverhältnisse eingestellt. Die Bauarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

11. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Walter Freudenberger schlägt vor, zukünftig wieder einen Ausflug der Mitglieder des Gemeinderats zusammen mit den Partnerinnen/Partnern zu machen, so wie dies früher der Fall war. Die Kosten für den Ausflug wurden von den Teilnehmern getragen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass sich durch die Bauarbeiten am Verbandskanal des Abwasserzweckverbandes Schwarzbachtal auf der Strecke Richtung Nordbahnhof un-schöne Absetzungen ergeben haben. Er fragt nach, wer diese Absenkungen auf der erst neu sanierten Fahrbahndecke zu beheben hat.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erklärt, dass die Absenkungen der Verwaltung bekannt sind und das Straßenbauamt im Frühjahr diese Beschädigungen zusammen mit dem Abwasserzweckverband Schwarzbachtal zu beheben hat.

12. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Albrecht Kolb teilt zu den Ausführungen von Bürgermeisterin Tanja Grether bzgl. des Winterdienstes mit, dass er den Schnee, den er zuvor mühsam vom Gehweg entfernt hat wieder auf die Straße schippelt, wenn zu schnell fahrende städtische Räumfahrzeuge ihm diesen Schnee wieder auf den Gehweg schieben.

Vorsitzende:

Schriftführer:

Urkundspersonen: